Update 2

KEINE GESCHLOSSENEN LAGER FÜR ASYLBEWERBER
Nein zu Sekundärmigrationszentren
Appell an die Landesregierung Baden-Württemberg

Initiator:innen: Seebrücke Karlsruhe, Aufstehen gegen Rassismus Kraichtal, Kraichtal hilft e.V. und Netzwerk für Demokratie und Menschenrechte Kraichgau
Unterstützende: 61 Organisationen sowie 38 Einzelpersonen

Hallo liebe Unterstützer:innen des Appells,

nach dem Gespräch mit den Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordneten Daniel Lede Abal und Pascal Haggenmüller, welches wir im letzten Update beschrieben haben, hatten wir am 2. Oktober ein Gespräch mit dem CDU Abgeordneten Bastian Schneider und konnten in diesem Rahmen unseren Appell gegen die SMZ übergeben.

Schon vor dem Gespräch war uns klar, dass wir mit sehr verschiedenen Prämissen in dieses Gespräch gehen. Dies hat sich im Gespräch bestätigt.

Fokus des Gesprächs war für uns, von der Positionierung der CDU zu den SMZ zu erfahren und unsere Bedenken zu den freiheitsentziehenden Maßnahmen zu äußern.
Dabei war uns wichtig, bei den unterschiedlichen juristischen Interpretationen die sozialen Folgen für die Betroffenen hervorzuheben.

Herr Schneider machte von Anfang an deutlich, dass er ein Befürworter der SMZ ist. Er äußerte, dass sich bei Koalitionsverhandlungen CDU und Bündnis 90 / Die Grünen nicht einig wurden und somit keine Positionierung für oder gegen SMZ in den Koalitionsvertrag zustande kam.

Er bekannte sich im Gespräch als ein Befürworter der neuen GEAS-Regeln und betonte mehrmals, dass er keine Bleibeperspektive für sogenannte Dublin-Fälle sieht.
Wir haben unsere Ablehnung gegenüber den GEAS-Regeln und der Funktionsweise der Dublin-Regeln deutlich gemacht. Wir kritisierten den Versuch von Kontrolle über individuelle Menschenleben und insbesondere die freiheitsentziehenden Maßnahmen, die Menschen maßgeblich bei der Integration und Suche nach einem sicheren Ort behindern.
Auch stellten wir dar, dass die Erfahrungen aus bereits bestehenden Sekundärmigrationszentren sowie die vorliegenden Zahlen zur Wirksamkeit, den Nutzen dieses Instruments deutlich hinterfragen.

Über mögliche konkrete Ausgestaltung zu SMZ gab Herr Schneider leider kaum Informationen an uns weiter, so dass wir hierüber nichts berichten können.

Herr Schneider äußerte, dass er die Möglichkeit sehe, Menschen in SMZ unterzubringen, die in anderen Bundesländern bereits bestehen. Solche möglichen Aktionen wollen wir gerne beobachten. Falls Ihnen solche Ereignisse bereits bekannt sind, teilen Sie diese gerne mit uns.

Zusammengefasst lässt sich sagen, SMZ in BW sind nicht vom Tisch. Es bleibt wichtig, wachsam zu sein, die migrationsfeindlichen Entwicklungen kritisch zu beobachten und haftähnliche Maßnahmen gegen Schutzsuchende transparent zu machen. Die asylpolitische Ausrichtung der CDU ist besorgniserregend und bedeutet in letzter Konsequenz großes Leid für die geflüchteten Menschen, die nach Deutschland kommen. Wir stehen weiter ein für das individuelle Asylrecht und die Bewegungsfreiheit.